

Beschlusspaket aller Anträge zum Haushalt

Ifd. Nr. 1: Antrag Nr. 12/338/1 der CDU-Fraktion
Konjunkturprogramm II
- keine Beschlussfassung erforderlich

Ifd. Nr. 2: Antrag Nr. 12/339 der CDU-Fraktion
Buch- und Betriebsprüfung in Stiftungen
- s. Antrag Nr. 12/378 (Ifd. Nr. 40)

Ifd. Nr. 3: Antrag Nr. 12/340 der CDU-Fraktion
Effizienz- und Erfolgskontrolle

- "1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht zur Evaluation des Verwaltungshandelns, insbesondere bei Projekten, Investitionen und Förderprogrammen zu erarbeiten und den zuständigen politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen,
 - in welchen Bereichen ein Risikomanagementsystem beim LVR bezogen auf die Geschäftsprozesse detailliert beschrieben und die internen Kontrollsysteme (IKS) des LVR inzwischen fertig aufgebaut sind.
 - für den Fall, dass nur Teilbereiche bisher mit einem Risikomanagement ausgestattet sind, bis wann das Risikomanagement in den weiteren Bereichen (Dezernaten) abgeschlossen sein wird.
 - welche Erfahrungen mit den IKS in den Dezernaten liegen vor?
3. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung erwartet den Bericht in einer der nächsten Sitzungen."

Ifd. Nr. 4: Antrag Nr. 12/341 der CDU-Fraktion
Risikomanagementsystem
- s. Antrag Nr. 12/340 (Ifd. Nr. 3)

Ifd. Nr. 5: Antrag Nr. 12/342 der CDU-Fraktion
Bildung Medizinischer Versorgungszentren

"Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Empfehlungen aus dem BDO-Gutachten, ein Grundsatzkonzept für die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren (MVZ) im Rheinland vorzulegen und fortlaufend über mögliche Umsetzungsschritte zu berichten."

Ifd. Nr. 6: Antrag Nr. 12/343 der CDU-Fraktion
Investitionsstau an den LVR-Klinik-Standorten

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen und im Laufe der nächsten Monate noch zu beschließenden neuen Zielplanungen für die LVR-Kliniken bis zum 30.09.2009 einen Prioritätenkatalog zur Umsetzung investiver Baumaßnahmen zu erarbeiten. Dabei sind auch die zum Teil bereits vor mehreren Jahren politisch beschlossenen Projekte einzubeziehen. Zeitgleich ist ein Gesamtfinanzierungskonzept zu erarbeiten, in dessen Rahmen sowohl die neuen als auch die bereits beschlossenen Projekte bezüglich ihres Finanzvolumens darzustellen sind. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit Mittel aus dem Konjunkturpaket II in Anspruch genommen werden können.“

**Ifd. Nr. 7: Antrag Nr. 12/344 der CDU-Fraktion
Einsatz neuer Technologien zur Rückgewinnung ungenutzt abgeführter Energiemengen und zur effizienteren Energiespeichermöglichkeiten**

„Die Verwaltung wird beauftragt, die derzeit sich in der Entwicklung befindlichen neuen Technologien zur Rückgewinnung ungenutzt abgeführter Energiemengen sowie zur effizienteren Energiespeichermöglichkeiten aktiv zu begleiten, den Markt zu sondieren und für Pilotprojekte einzelne Liegenschaften zur Verfügung zu stellen.“

**Ifd. Nr. 8: Antrag Nr. 12/345 der CDU-Fraktion
Demographische Entwicklung beherrschen – Auswirkungen und Konsequenzen für den LVR bestimmen
- s. Antrag Nr. 12/393 (Ifd. Nr. 55)**

**Ifd. Nr. 9: Antrag Nr. 12/346 der CDU-Fraktion
Versorgung von Menschen mit einer Suchterkrankung im Rheinland**

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung des APK-Berichtes (Aktion Psychisch Kranke), zu überprüfen, ob die im Rheinland bestehenden Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Suchterkrankungen im Rahmen der Eingliederungshilfe bedarfsgerecht sind.“

**Ifd. Nr. 10: Antrag Nr. 12/347 der CDU-Fraktion
Abbau von Mehrbett- und Dreibettzimmern in den Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland**

„Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Jahresmitte 2009 zum aktuellen Planungsstand bezüglich des Abbaus von Mehrbett- und Doppelzimmern inklusive möglicher finanzieller Auswirkungen zu berichten.“

**Ifd. Nr. 11: Antrag Nr. 12/348 der CDU-Fraktion
Modellhafte Erprobung des Gesamtplanverfahrens nach § 58 SGB XII**

Gesamtplanverfahren nach § 58 SGB XII:

„Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Fortführung der bisherigen Konzeption, in einer Region im Rheinland begrenzt auf eine Hilfeplankonferenz für eine Zielgruppe das Gesamtplanverfahren im Sinne des § 58 SGB XII insbesondere mit der Arbeitsverwaltung und den Krankenkassen voranzutreiben.“

**Ifd. Nr. 12: Antrag Nr. 12/349 der CDU-Fraktion
Sicherung der Qualitätsstandards für die Leistungen der Eingliederungshilfe zum Betreuten Wohnen
- siehe Antrag Nr. 12/373 (Ifd. Nr. 36)**

**Ifd. Nr. 13: Antrag Nr. 12/350 der CDU-Fraktion
Internationaler Tag der Behinderten am 03. Dezember eines jeden Jahres**

„Die Verwaltung wird beauftragt, dem Sozialausschuss ein Konzept vorzulegen für die Ausgestaltung des Tages der Behinderten, das inhaltliche wie auch organisatorische Vorschläge umfasst und sowohl zentrale wie auch dezentrale Aspekte berücksichtigt. Ebenso soll das Konzept eine Kostendarstellung beinhalten.“

lfd. Nr. 14: Antrag Nr. 12/351 der CDU-Fraktion
Umsetzung des neuen Förderinstrumentes „Unterstützte Beschäftigung“
- Antrag abgelehnt

lfd. Nr. 15: Antrag Nr. 12/352 der CDU-Fraktion
Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt

„1. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Antrag Nr. 12/352 der CDU-Fraktionen zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag des Antrages Nr. 12/352 mit den Änderungen der Landschaftsversammlung:

1. In je einem Arbeitsagenturbezirk im städtischen und ländlichen Bereich wird beim dort vom LVR-Integrationsamt eingerichteten Integrationsfachdienst modellhaft eine Stelle zur Koordination der Aktivitäten beim "Übergang Schule - Beruf" eingerichtet
 - als Anlaufstelle für die Akteure,
 - als Steuerungsstelle für die zu vernetzende Arbeit der Akteure.
2. Zur Verbreitung von Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Arbeitgebern sollen alle Förderschulen in Trägerschaft des LVR Lernpartnerschaften eingehen. Zur Unterstützung wird ein Konzept erarbeitet und umgesetzt, um die Begegnung zwischen behinderten Jugendlichen und Arbeitgebern, die bereit sind behinderten Jugendlichen eine Chance zu geben, zu forcieren.
3. Behinderte Jugendliche in der Übergangsphase zum Berufsleben brauchen eine gezielte Ansprache, die ihnen Mut macht für die Alternative erster Arbeitsmarkt. Es sollen Produkte der Öffentlichkeitsarbeit speziell für diese Zielgruppe erstellt werden.

2. Der Landesjugendhilfeausschuss regt eine modellhafte Erprobung in zwei Arbeitsagenturbezirken an.“

lfd. Nr. 16: Antrag Nr. 12/353 der CDU-Fraktion
Integration von schwerbehinderten Menschen der Zielgruppe des § 132 SGB IX

„Die Verwaltung wird beauftragt, zu berichten

- worin inhaltlich die arbeitsbegleitende Betreuung der in Integrationsprojekten beschäftigten schwerbehinderten Menschen besteht,
- welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um auch andere Unternehmen, die nicht Integrationsunternehmen sind, für die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen der Zielgruppe des § 132 SGB IX zu gewinnen und diese adäquat zu unterstützen,
- ob die besondere Unterstützung von schwerbehinderten Menschen in Integrationsunternehmen auch in anderen privaten und öffentlichen Unternehmen verankert werden kann.“

lfd. Nr. 17: Antrag Nr. 12/354 der CDU-Fraktion
Jugendhilfeeinrichtung Fichtenhain
- siehe Antrag Nr. 12/359 (lfd. Nr. 22)

lfd. Nr. 18: Antrag Nr. 12/355 der CDU-Fraktion
Entwicklung des Sozialhilfehaushaltes
- Antrag abgelehnt

**lfd. Nr. 19: Antrag Nr. 12/356 der CDU-Fraktion
Verstärkung der kulturtouristischen Angebote in Brauweiler**

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Betrag in Höhe von 40.000,--€ in den Haushalt 2009 einzustellen mit dem Ziel, die Vermittlung der historischen Informationen und des kulturtouristischen Potenzials der Abtei Brauweiler zu verbessern.

Auf dem Abteigelände findet sich neben hervorragender Architektur auch die am 09. November 2008 eröffnete Gedenkstätte, die an die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus in Brauweiler erinnert. Erst kürzlich ist eine solide Publikation zu dieser Thematik erschienen. Jetzt sollten weitere Maßnahmen folgen, die Gedenkstätte zu einem Ort der Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der deutschen Geschichte zu machen. Dabei stellen Schüler und Jugendliche die wichtigste Zielgruppe dar.“

**lfd. Nr. 20: Antrag Nr. 12/357 der CDU-Fraktion
LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe im Rheinland
- kein haushaltsrelevanter Antrag**

**lfd. Nr. 21: Antrag Nr. 12/358 der CDU-Fraktion
Ausrichtung der Museumslandschaft
- kein haushaltsrelevanter Antrag**

**lfd. Nr. 22: Antrag Nr. 12/359 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Sanierung Liegenschaften JHR**

„Die Verwaltung wird beauftragt, den Sanierungsaufwand an den Liegenschaften des Eigenbetriebes ‚Jugendhilfe Rheinland‘ zu ermitteln sowie ein Sanierungs- und Finanzierungskonzept unter Beachtung des Konjunkturpaketes des Bundes zu erstellen und vorzulegen.

Der LVR stellt sicher, dass sowohl die Kosten für die Verlegung der Jugendhilfeeinrichtung Fichtenhain von Krefeld nach Tönisvorst (Kauf, Neu- und Umbauten, Umzug) sowie die bei der Betriebsgründung nicht entsprechend berücksichtigten notwendigen Sanierungsmaßnahmen aller Immobilien im Bereich der JHR aus dem Verkaufserlös Krefeld bestritten werden.“

**lfd. Nr. 23: Antrag Nr. 12/360 der CDU-Fraktion
Nutzung der Abtei Brauweiler
Abs. 2 abgelehnt**

„Die Verwaltung des LVR wird mit der Prüfung beauftragt, ob die Möglichkeit besteht, den Prälaturkomplex (West, Nord, Süd) über seine bisherige Nutzung hinaus zu einem Tagungs- (Kongress-) Zentrum zu gestalten.“

**lfd. Nr. 24: Antrag Nr. 12/361 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Erforschung der Franzosenzeit im Rheinland**

„Die Verwaltung wird beauftragt, die Erforschung der für das Rheinland und den LVR so wichtigen Franzosenzeit fortzusetzen und die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Die fachliche Arbeit sollte dabei vor allem auf die folgenden Themenbereiche fokussiert werden:

- Kunst und Architektur (z. B. Düsseldorfer Malerschule u. Franzosenzeit)
- Untersuchung volkskundlicher Aspekte (Lieder, Verse, Reime, Gedichte, Reiseberichte)
- Wirkungsgeschichte der Franzosenzeit auf "Besucher" im Rheinland
- Berücksichtigung der Denkmallandschaft (Stichwort: Napoleonsteine)
- Bedeutung der Franzosenzeit im Rheinland für Frankreich
- Rheinische Sprache und Franzosenzeit

Organisatorisch ist eine Veranstaltungsreihe (z.B. Workshop) mit Partnern aus Frankreich und dem Rheinland ebenso wie eine Publikation der neu gewonnenen Studien, Untersuchungen und Ergebnisse anzustreben.“

**Ifd. Nr. 25: Antrag Nr. 12/362 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
LVR-Museen weiter öffnen – für Kinder und Jugendliche, Kranke und ehrenamtlich engagierte Menschen**

- „I. Museen für Kinder und Jugendliche öffnen
Kostenloser Eintritt für junge Menschen:
1. Schülerinnen und Schüler im Klassenverband haben freien Eintritt in den LVR-Museen.
2. Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre) haben freien Eintritt in den LVR-Museen.
Freie Fahrt ins Museum:
Die Verwaltung wird beauftragt, einen Modellversuch zu starten, der Schulklassen einen kostenlosen Bustransport (Hin- und Rückfahrt) zum LVR-Freilichtmuseum in Lindlar ermöglicht. Der Modellversuch soll auf zwei Jahre und fünfzig Klassen per annum begrenzt sein. Hierfür sind entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
Produktziele erweitern:
Die LVR-Museen arbeiten schon heute mit Schulen zusammen. Auf diese Weise sollen Museumsinhalte vermittelt und die Museumsbesucherinnen und -besucher von morgen gewonnen werden. Partnerschaften zwischen Schulen und Museen vertiefen dieses Anliegen und sollen verstärkt eingegangen werden. In die Produkte des Produktbereiches 04 „Kultur und Wissenschaft“ sollen „Schulpartnerschaften“ als Ziel aufgenommen werden. Aussagekräftige Kennzahlen sollen hinterlegt werden. Zudem sollen die Schulpartnerschaften auch von der internationalen Zusammenarbeit unserer Museen partizipieren.
- II. Kulturelles (Zusatz-)Angebot an Patientinnen und Patienten der LVR-Kliniken
Die Verwaltung wird beauftragt, den LVR-Kliniken ein bedarfsgerechtes Kontingent an Familienkarten für die LVR-Museen kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- III. Ehrenamtskarte NRW unterstützen
Der LVR beteiligt sich an der „Ehrenamtskarte NRW“ durch Anerkennung dieser Karte auch in den LVR-Museen und strebt die Ausweitung auf die Netzwerk Museen an.“

**Ifd. Nr. 26: Antrag Nr. 12/363 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Aufstockung der Mittel für das Digitale Kulturlandschaftskataster (KuLaDig)**

„In der Produktgruppe 032 werden die Sachmittel für das KuLaDig-Projekt aufgestockt. Eine Verbindung zum Netzwerk Umwelt des LVR soll angestrebt werden. Es ist von einem Ressourcenbedarf von ca. 100.000 € auszugehen.“

**Ifd. Nr. 27: Antrag Nr. 12/364 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Konzept für Berufspraxisstufe entwickeln**

„Die Verwaltung wird beauftragt, auch für die Schülerinnen und Schüler unserer Schulen für körperliche und motorische Entwicklung, die nach dem Bildungsgang Geistige Entwicklung gefördert werden, ein Angebot entsprechend der Berufspraxisstufe konzeptionell zu entwickeln.“

**Ifd. Nr. 28: Antrag Nr. 12/365 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
1000-Schulen-Programm für eine pädagogische Übermittagsbetreuung**

„Die Verwaltung wird gebeten, entsprechend dem Verfahren bei der Mittagsverpflegung in den übrigen LVR-Förderschulen auch die bedürftigen Kinder zu berücksichtigen, die an den Schulen beschult werden, die am 1000-Schulen-Programm teilnehmen (Halbtagschulen).“

**Ifd. Nr. 29: Antrag Nr. 12/366 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Koordinierungsstelle Kinderarmut**

- „I. Die Verwaltung wird beauftragt, aus Eigenmitteln des Landschaftsverbandes zusätzliche Finanzmittel im Rahmen der Koordinationsstelle „Kinderarmut“ zur Verfügung zu stellen.
- Für die wissenschaftliche Begleitung der Wirksamkeitsüberprüfung von Netzwerken (Fortführung des LVR-Modellprojektes NeFF – Netzwerk Frühe Förderung) für 2 Jahre mit einem Gesamtvolumen von 40.000,- €
 - Projektfinanzierung für zwei Jahre im Umfang von je 10 x 4.000,- € für die Einrichtung von kommunalen Netzwerken zur frühen Förderung/ Armutsprävention. Unabhängig davon soll durch die Koordinationsstelle in Zusammenarbeit mit den örtlichen Jugendämtern ermittelt werden, welche Aktivitäten vor Ort bereits durchgeführt werden, um so einen Gesamtüberblick über die im Rheinland laufenden Maßnahmen zu erhalten. Diese Maßnahmen sollen durch die Koordinationsstelle rheinlandweit gebündelt und koordiniert werden.
- II. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt sicherzustellen, dass im Rahmen des Gesamtpersonalkostenbudgets dem Dezernat Schulen und Jugend für die Koordinationsstelle „Kinderarmut“ die zur Erledigung der zusätzlichen bzw. erweiterten Aufgaben erforderliche Personalressourcen (50% Stelle, gehobener Dienst) für 2 Jahre zur Verfügung gestellt werden.
Über die im Rahmen dieses Auftrages vollzogenen Maßnahmen soll bis zur Mitte des Jahres berichtet werden.“

**Ifd. Nr. 30: Antrag Nr. 12/367 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Fachtagung KiBiz**

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachtagung zum Thema „Ein Jahr KiBiz – Chancen und Probleme“ durchzuführen.
Ein Konzept ist dem LJHA schnellstmöglich vorzulegen.“

**Ifd. Nr. 31: Antrag Nr. 12/368 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Anreizprogramm Gerontopsychiatrische Beratung im Gerontopsychiatrischen Zentrum**

„Um den Aufbau von Gerontopsychiatrischen Zentren in den Städten und Kreisen im Rheinland zu unterstützen, wird die Verwaltung beauftragt, die Fördermodalitäten des Anreizprogramms Gerontopsychiatrische Zentren von einer Anteilsförderung auf ein degressives Fördermodell umzustellen. Ziel ist es, den Gebietskörperschaften durch allmähliche Ressourcenumschichtung eine schrittweise Übernahme der gerontopsychiatrischen Beratung am GPZ zu ermöglichen. Im Rahmen des Modells soll die Förderung innerhalb von 3 Jahren schrittweise von 100% im ersten Jahr auf 50% im dritten Jahr herunter gefahren werden.
Ab dem vierten Jahr sollen die Maßnahmen vollständig durch die Kommunen finanziert werden. Die zzt. bereits vorliegenden, aber noch nicht entschiedenen Anträge sollen entsprechend dem vorgeschlagenen Fördermodus entschieden werden.
Um die Verbreitung des Modells des Gerontopsychiatrischen Zentrums zu fördern, soll darüber hinaus die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden.“

**Ifd. Nr. 32: Antrag Nr. 12/369 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Verbesserung des Internetauftritts des LVR-Klinikverbundes**

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der Vorgaben des Corporate-Designs der Dachmarke des LVR den LVR-Klinikverbund als Familienmarke im Internet zu präsentieren und die Pflege des Internetauftrittes zu gewährleisten. Die notwendigen Ressourcen sind zur Verfügung zu stellen.“

**lfd. Nr. 33: Antrag Nr. 12/370 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Personalkostenbudget der LVR-Kliniken**

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wonach die Personalkostenbudgets der LVR-Kliniken bei den durch die Kostenträger nicht refinanzierten Teilen der Pensionslasten entlastet werden.“

**lfd. Nr. 34: Antrag Nr. 12/371/1 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Vernetzung zwischen Kinder – und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe verbessern**

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie zu erarbeiten und dieses Konzept modellhaft in 2 Regionen zu erproben. Ziele des Konzeptes sollen sein:

- Intensivierung des fachlichen Austauschs zwischen den Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie und den Einrichtungen der Jugendhilfe
- Entwicklung von integrierten regionalen Hilfe- und Präventions- und Kriseninterventionskonzepten
- Gewährleistung differenzierter, am individuellen Hilfebedarf ausgerichteter Angebote
- Entwicklung gemeinsamer regionaler Konzepte zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen *und* Bedarf an Maßnahmen der Jugendhilfe sowie von Grenzfällen zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Prävention von Fehlplatzierungen
- Gewährleistung von Angebotstransparenz für alle relevanten Berufsgruppen (Richter, Mitarbeiter der Jugendhilfe und KJP, Lehrer etc.), Betroffene und deren Angehörige
- Sicherung von Betreuungskontinuität über die Grenzen der jeweils zuständigen Einrichtungen und Dienste hinweg.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Bearbeitung von Schnittstellenproblemen zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe sollen regionale Clearingstellen aufgebaut werden. Um einen Transfer der Erfahrungen zu gewährleisten soll das Konzept durch ein manualisiertes Verfahren (analog zum Verfahren des Netzwerkmanagements - NBQM-) unterstützt werden, das Standards der Zusammenarbeit definiert und Verfahren der Umsetzung beschreibt.“

**lfd. Nr. 35: Antrag Nr. 12/372 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Teilhabe an Arbeit, Beschäftigung und Tagesstrukturgestaltung weiterentwickeln**

„Die Leistungen der Eingliederungshilfe zur Teilhabe an Arbeit, Beschäftigung und Tagesstrukturgestaltung sollen personenzentriert, flexibel und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Im Einzelnen wird die Verwaltung wird beauftragt, in diesem notwendigen Prozess der Weiterentwicklung bei der Umsetzung der im NKF-Haushalt 2009 formulierten Produktziele folgende Schwerpunkte zu setzen:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Strategie vorzulegen, welche sicherstellt, dass die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) im Rheinland über flexible, bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Angebote den Rechtsanspruch von Menschen mit Behinderung auf einen Werkstattplatz erfüllen. Insbesondere wird von diesem Konzept erwartet, wie verhaltensbedingte Ablehnungen einer Aufnahme und/oder Entlassungen verhindert werden können. Es sind (Finanzierungs-) Vorschläge zu erarbeiten, wie in diesem Sinne präventiv Fachdienste, wie z. B. insbesondere das Konsulententeam „Kompass“ des LVR, eingeschaltet werden können.
2. Zur Förderung der selbständigen Lebensführung wird die Verwaltung aufgefordert, ein (Finanzierungs-) Konzept vorzulegen für ein "Mobilitätstraining" für Beschäftigte von WfbM sowie Schülerinnen und Schüler von Förderschulen, welches zum Ziel hat, dass diese den ÖPNV nutzen können als Alternative zum Zubringerdienst. Dies kann ein wichtiger Baustein im Hinblick auf berufliche Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sein.

3. Tagesstrukturierende Beschäftigungsangebote für Menschen mit Behinderung, die (noch) nicht eine WfbM besuchen.
 - 3.1 Für die Personengruppen, denen der Besuch einer Werkstatt (noch) nicht möglich ist, soll der überörtliche Träger der Sozialhilfe in Zusammenarbeit mit den LVR-Heilpädagogischen Netzen und den Verbänden der Wohlfahrtspflege ein Konzept entwickeln, welches bedarfsgerechte, tagesstrukturierende Angebote für diese Personengruppe sicherstellt und auf die Beschäftigung in einer WfbM vorbereitet, unabhängig davon, ob die betreffenden Personen in einer stationären Wohneinrichtung leben oder selbständig in der eigenen Wohnung.
Grundlage sollen die bestehenden Finanzierungsmodelle des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe sein, der Finanzierungsbedarf soll im Einzelfall maximal bei den vergleichbaren Aufwendungen einer WfbM liegen.
 - 3.2 Auch für so genannte "WfbM-Rentner/-innen" soll auf dieser Basis ein Konzept für bedarfsgerechte und flexible tagesstrukturierende Angebote vorgelegt werden.
 - 3.3 Der überörtliche Träger der Sozialhilfe soll gemeinsam mit geeigneten Trägern (WfbM, Tagesstätten und ggf. Integrationsunternehmen) auch ein Konzept zur Schaffung von Zuverdienst Arbeitsplätzen, insbesondere für Menschen mit seelischen Behinderungen, als niederschwellige Alternative zur WfbM erstellen und für Beispiele guter Praxis eine Finanzierungsmodell erarbeiten.
4. Gelungene Ideen zur Förderung der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung sollen der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dies können Projekte von WfbM, von Integrationsunternehmen, von BFW oder auch Modelle eines gelungenen Übergangs von der Schule in den Beruf sein. Ziel ist, Projekte der Öffentlichkeit vorzustellen, die die individuellen Potenziale ihrer behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf besondere Weise nutzen. Die Verwaltung wird gebeten, ein entsprechendes Konzept (z.B. in Form eines Wanderpreises) zu erarbeiten."

**1fd. Nr. 36: Antrag Nr. 12/373 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Weiterentwicklung der Leistungen des LVR für Menschen mit Behinderungen im Rheinland**

„Der LVR setzt den Prozess der Weiterentwicklung seiner Leistungen für Menschen mit Behinderungen im Rheinland kontinuierlich auch im Jahr 2009 und den Folgejahren mit dem Ziel des Ausbaus selbstbestimmter und selbständiger Wohn- und Lebensformen weiter fort!

Der LVR muss in den nächsten Jahren aktiv an der Umsetzung der Ziele der aktuellen Änderungen der Verordnung zum SGB XII arbeiten, die die Zuständigkeit der Landschaftsverbände für alle Leistungen zum Wohnen für behinderte Menschen befristet bis 2013 fortsetzt. Es gilt, die eigene Steuerungskompetenz in fachlicher wie in finanzieller Hinsicht zu festigen und in der Öffentlichkeit deutlich zu machen.

Die zwischen Verwaltung und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege abgeschlossene Rahmenzielvereinbarung II ist ein wichtiger Beitrag auf dem Weg, deren Ziele sind mit Leben zu füllen.

Im Einzelnen wird die Verwaltung beauftragt, in diesem notwendigen Prozess der Weiterentwicklung bei der Umsetzung der im NKF-Haushalt 2009 formulierten Produktziele folgende Schwerpunkte zu setzen:

1. Der begonnene Prozess des Ausbaus selbstbestimmter und selbständiger Wohnformen soll fortgesetzt und die stationären Wohnangebote weiter reduziert werden. Für die Menschen mit Behinderung, die alternativ zum Wohnheim eine selbständige Wohnform wählen, soll die notwendige Angebotsstruktur gesichert und weiterentwickelt werden.
 - 1.1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das beschlossene Anreizprogramm aktiv im Zusammenwirken mit allen Einrichtungsträgern und ihren Verbänden sowie auch mit den HPH-Netzwerken umzusetzen.
 - 1.2. Die LVR-Kliniken sollen unter Nutzung des neuen Anreizprogrammes des Dezernates 7 als überörtlicher Träger der Sozialhilfe mit diesem eine Zielvereinbarung abschließen zum Abbau von mindestens 20 % ihrer Plätze in den Rehabilitationsbereichen bis zum 31.12.2011.
 - 1.3. Die Rheinische Beamtenbaugesellschaft des LVR soll prüfen, inwieweit sie bei der Beschaffung geeigneten Wohnraums für Menschen mit Behinderung, die allein, zu zweit oder in Gruppen selbständig leben möchten, unterstützen kann.

- 1.4 Auch im Bereich der Freizeitgestaltung soll die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sinne des Miteinanders von Menschen mit und ohne Behinderung verstärkt ermöglicht werden.
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchen Wegen gezielte Anreize und Qualifizierungsangebote für freie Träger der Jugend- und Wohlfahrtspflege, Sportvereine, Sportstätten und Bildungsträger geschaffen werden können, Menschen mit Behinderungen an ihren Freizeit- und Ferienangeboten teilhaben zu lassen. Ein Konzept ist dem Sozialausschuss vorzulegen.
- 1.5 Die KoKoBe (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen) und die SPZ (Sozialpsychiatrischen Zentren) sollen als wesentliche Anlauf- und Koordinierungsangebote in der Region in ihrem Bestand gesichert werden. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert, über Zielvereinbarungen mit den Trägern der KoKoBe und SPZ deren Leistungen zu optimieren und hierzu einen Umsetzungsvorschlag kurzfristig vorzulegen. In diesem Rahmen wird die finanzielle Förderung ab dem 1.1.2009 auf 70.000 Euro pro Einrichtung erhöht, ebenso für die gerontopsychiatrischen Zentren (Antrag Nr. 12/368) und für die Kompetenzzentren Migration (Antrag Nr. 12/386).
2. Die Qualität der personenbezogenen Unterstützungsleistungen im ambulanten Bereich soll verbessert werden.
- 2.1 Die in den Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen mit den Anbietern ambulant betreuten Wohnens zugrunde gelegten Standards und Qualitätskriterien sollen auf ihre Tauglichkeit überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Die Qualitätskriterien sollen für die Nutzerinnen und Nutzer transparent gestaltet werden und dazu beitragen, dass sie bei ihrer eigenständigen Entscheidung für einen Anbieter Sicherheit in Bezug auf die zu erwartende Qualität der Leistung erlangen. Um eine Verbesserung des Verbraucherschutzes in diesem Bereich zu erreichen, soll auch geprüft werden, ob freiwillige Vereinbarungen zur Selbstkontrolle mit den Leistungsanbietern getroffen werden können und inwieweit beispielsweise die Einführung eines Prüfsiegels ein verlässliches Kriterium für die Nutzerinnen und Nutzer bei der Auswahl des Anbieters sein kann.
- 2.2 Die regionale Vernetzung aller Leistungsanbieter aller Angebotsformen soll verbessert und der Aufbau von regionalen Krisendiensten mit einem 24-Stunden-Krisentelefon flächendeckend initiiert werden. Auf diese Weise sollen auch die bereits bestehenden Leistungen der Anbieter von Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen für ihre Klienten in Notfall- und Krisensituationen optimiert und vernetzt werden.
Ein solches Krisentelefon soll in Verbindung mit den KoKoBe und den SPZ für andere Personengruppen weiterführende Leistungen vermitteln und das Herzstück eines regionalen aufsuchenden Krisendienstes werden. Hierzu soll die Verwaltung regional Initiativen anregen.
Die Finanzierung insbesondere der Vorhaltekosten (z. B. Regie- oder Sachkosten) von Beispielen guter Praxis für ein solches Krisentelefon soll vom überörtlichen Träger der Sozialhilfe übernommen werden.
Für den Krisendienst ist von einem Ressourcenbedarf von bis zu 1,2 Mio. EURO per annum auszugehen.

Die Verwaltung wird zu Ziffer 2 beauftragt, bis Mitte des Jahres 2009 zu berichten, mit welchen Standards für die Leistungen des Betreuten Wohnens der Landschaftsverband eine qualitative Betreuungsleistung sichert und wie mit Qualitätsdefiziten umgegangen wird.“

**lfd. Nr. 37: Antrag Nr. 12/374 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Konzept für Familienpatenschaften / Betreuung in familienähnlichen Strukturen für geistig behinderte Menschen im Rahmen des ambulant betreuten Wohnens**

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur ambulanten Betreuung geistig behinderter Menschen in familienähnlichen Strukturen im Sinne von Familienpatenschaften zu erstellen.
Das Konzept soll zur Vorbereitung der Umsetzung der Rahmenzielvereinbarung II, die die Möglichkeit der Betreuung auch geistig behinderter Menschen in „Gastfamilien“ zu einem späteren Zeitpunkt vorsieht, verwandt werden.“

**Ifd. Nr. 38: Antrag Nr. 12/376/1 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Ombudsleute in den Einrichtungen des JHR**

„Kinder und Jugendliche haben Rechte, und sie sollen Recht bekommen. Diesen Anspruch einzulösen, sehen sich die Jugendhilfe-Einrichtungen des LVR in der besonderen Pflicht.

Um Kinder und Jugendliche, die in Einrichtungen der Jugendhilfe Rheinland betreut werden, hierbei zu unterstützen, werden Ombudsleute eingesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Dieses Konzept soll unter anderem die positiven Erfahrungen mit den Ombudsleuten in den LVR-Kliniken aufgreifen.

Sichergestellt sein muss:

- Ombudsleute helfen den Kindern und Jugendlichen, aber auch Eltern und gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern, Beschwerden zu formulieren und die Ursachen begründeter Beschwerden abzustellen.
- Die Ombudsleute sind vor Ort für die Kinder und Jugendlichen ansprechbar. Sprechzeiten werden den Kindern und Jugendlichen sowie Eltern und gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuern bekannt gemacht.
- Die Einrichtungen unterstützen die Ombudsleute in ihrer Tätigkeit.
- Technische und räumliche Mittel werden zur Verfügung gestellt.
- Die Ombudsleute sind berechtigt, unter Wahrung des Datenschutzes dem Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland vorzutragen.
- Die Ombudsleute werden im Betriebsausschuss LVR-Jugendhilfe Rheinland ernannt.
- Die Ombudsleute erhalten eine Aufwandsentschädigung.
- Die Arbeit der Ombudsleute wird in ein zu entwickelndes betriebliches Beschwerdemanagement eingefügt.“

**Ifd. Nr. 39: Antrag Nr. 12/377 der Fraktionen von FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD
Netzwerkbildung – Zentrum für verfolgte Künste in Solingen**

„Für die Stiftung verfernte Künste in Solingen (mit Sammlungen Lasker-Schüler und Serke) ist eine Lösung im Sinne eines Zentrums für verfolgte Künste im Rahmen des LVR-Netzwerkes Kultur zu finden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Betriebsführung durch den LVR erfolgt und die Stadt Solingen ihr bisheriges Engagement möglichst ausbaut. Erforderliche Ressourcen sind im Haushalt bereitzustellen.“

**Ifd. Nr. 40: Antrag Nr. 12/378 der Fraktionen von FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Langfristige Sicherung und Stabilisierung von Netzwerk-Stiftungen**

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der intensivierten LVR-Netzwerk- und Stiftungskoordination und in enger Abstimmung mit den Stiftungsgremienmitgliedern des LVR aus Politik und Verwaltung eine Bestandsaufnahme zur langfristigen Sicherung und Stabilisierung der beteiligten Stiftungen unter folgenden Gesichtspunkten vorzunehmen:

- wirtschaftliche Lage und Perspektiven,
- Finanzierungsstruktur und Anlagestatus,
- beteiligte Partner,
- Aufgabenstruktur und Aktivitäten,
- Bedeutung für Region und Netzwerk
- bauliche Situation,
- konzeptionelle Aufstellung,
- personelle und ehrenamtliche Ressourcen,
- Steuerungs- und Kontrollinstrumente.

Dazu zählen auch die Fragestellungen:

- wo wollen wir uns – ggf. verstärkt – weiter engagieren,
- wo den Status quo stabilisieren,
- wo Sanierungsmaßnahmen begleiten oder auf Verschlinkung drängen,

- wo uns ggf. zurücknehmen?

Dazu sind auch die Ansichten, Handlungsoptionen und –erfordernisse bei den weiteren Stiftungsbeteiligten (Mitstiftern u. a.) zu ermitteln.

Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass dem LVR-Fachbereich Rechnungsprüfung das Recht der Buch- und Betriebsprüfung gemäß § 103 Absatz 2 Nr. 2 GO NRW in den Stiftungen eingeräumt wird, an denen der LVR als Mitstifter oder Zustifter beteiligt ist und in denen keine eigene Innenrevision eingerichtet ist, aber aufgrund des Umfangs der Geschäfte und der Bedeutung für den LVR eine solche als erforderlich angesehen wird.

Soweit hierfür eine Änderung der Satzung der jeweiligen Stiftung erforderlich sein sollte, wird die Verwaltung beauftragt, in den Stiftungsgremien auf die notwendige Satzungsänderung hinzuwirken.“

**lfd. Nr. 41: Antrag Nr. 12/379 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Kinder mit Behinderung in Regelschulen**

„Der Landschaftsverband Rheinland verpflichtet sich, in seinem Aufgabenbereich die „Konvention zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen“ umzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, die erstens dazu beitragen, dass ein Schulsystem für Kinder mit und ohne Behinderung geschaffen wird, und die zweitens kurzfristig helfen, Kindern mit Behinderung den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- I. Schaffung eines (Teil-)Produktes „Förderung der Beschulung von Kindern mit Behinderung in Regelschulen“
Es wird ein neues (Teil-) Produkt im Produktbereich 03, Produktgruppe 54, eingerichtet mit dem Titel: Förderung der Beschulung von Kindern mit Behinderung in Regelschulen
Dieses Produkt umfasst folgende Teilprodukte:
 - a) Anreizprogramm Integration 250.000 €
Hier werden auch Mittel für den Gerätepool ausgewiesen (vormals in Produktgruppe 54 enthalten).
 - b) Kompetenzzentrum Oberhausen
Hier werden (wie im Haushaltsplan bereits veranschlagt) für Personalkosten 32.000 € ausgewiesen.
 - c) Die Verwaltung wird beauftragt, das Produkt mit geeigneten Kennzahlen zu hinterlegen. Diese sollen Auskunft darüber geben, wie vielen Kindern die Beschulung in der Regelschule ermöglicht wurde und mit welchen Maßnahmen dies geschah (Unterstützung aus dem Gerätepool, Beratung von Eltern, Schulen oder Kommunen etc.)
- II. Die Verwaltung wird beauftragt, die Richtlinien zum Gerätepool so zu erweitern, dass auch bauliche und technische Ausstattungen (wie z. B. Spezialrollstühle zur Überwindung von Treppen, Türöffnungsanlagen) beantragt werden können. Eine Beispielliste ist zu erstellen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, Modelle für eine „Integrationspauschale“ zu entwickeln. Diese Pauschale soll als rechnerische Größe alle Kosten, die dem Landschaftsverband für die Beschulung eines Kindes mit Behinderung entstehen, zusammenfassen (Therapie, Pflege, Fahrtkosten etc.) und den Wechsel eines Kindes mit Behinderung von den LVR-Förderschulen hin zur Regelschule unterstützen - mit vergleichbarem Angebot an Therapie und Pflege.“

**lfd. Nr. 42: Antrag Nr. 12/380 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Individuelle Bildungsplanung von Anfang an für Kinder mit Behinderung oder drohender Behinderung**

„Kinder mit Behinderung müssen in unserem Bildungssystem so gefördert werden, dass sie ihre Potentiale bestmöglich entfalten können.

Ziel jeder Eingliederungshilfe ist es daher, dass Kinder mit Behinderung oder drohender Behinderung gleichberechtigt mit Kindern ohne Behinderung in ihrem sozialen Umfeld aufwachsen und einen barrierefreien Zugang zu allen Bildungseinrichtungen erhalten. Insofern ist die Integration der Kinder von Anfang an in allen schulischen und außerschulischen Bereichen und in den Kindertagesstätten Ziel der Koordination aller am individuellen Bildungs- und Förderprozess der Kinder Beteiligten.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, ein Konzept für eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Förder- und Bildungsplanung von Kindern mit Behinderung oder drohender Behinderung von Anfang an zu erarbeiten.

Dazu gehört im Einzelnen:

- Die Abstimmung eines individuellen Bildungs- und Förderplanes für Kinder mit Behinderung oder drohender Behinderung mit den Kindern und deren Personensorgeberechtigten.
- Die Abstimmung einer in sich geschlossenen und aufeinander aufbauenden medizinisch-therapeutischen und heil- oder sonderpädagogischen Förderung möglichst in der Regeleinrichtung.
- Die Information und Beratung über alle individuell einzuleitenden Maßnahmen in enger Kooperation mit den Einrichtungen, Trägern und Kostenträgern und deren Koordination.
- Das Träger übergreifende Budget inklusive der Kita- oder Schulträgerkosten zur Deckung aller im individuellen Bildungs- und Förderplan festgelegten Maßnahmen
- Eine wohnortnahe und integrative Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, zwei mögliche Modellstandorte für die Umsetzung einer solchen individuellen Bildungsplanung von Anfang im Rheinland ausfindig zu machen und Sondierungsgespräche zur Umsetzung des Modellvorhabens zu führen.

Die Verwaltung legt den zuständigen Gremien ein Konzept bis spätestens Oktober 2009 vor.“

**Ifd. Nr. 43: Antrag Nr. 12/381 der Fraktionen von FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD
Zukünftige Entwicklung der Kindertagesstätte (Tagesmütter)**

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei den Jugendämtern im Rheinland eine Bestandsaufnahme zum Thema Kindertagespflege abzufragen und ggf. ein Konzept zur Sicherung der zukünftigen Entwicklung vorzulegen.“

**Ifd. Nr. 44: Antrag Nr. 12/382 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Qualität der Offenen Ganztagschule erhalten
- zur Kenntnis genommen**

„Die Verwaltung wird beauftragt sicherzustellen, dass trotz steigender Kosten und eines unveränderten Zuschusses des Landes zur Offenen Ganztagschule die Qualität bei der Betreuung der Kinder gehalten werden kann.“

**Ifd. Nr. 45: Antrag Nr. 12/383 der Fraktionen von FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD
Fortführung des Trainee-Programms**

„Das Trainee-Programm des LVR wird 2009 mit einem dritten Jahrgang weitergeführt. Die erforderlichen Ressourcen sind ohne Anrechnung auf das Personalkostenbudget im Rahmen der Gesamtddeckung bereitzustellen.“

**Ifd. Nr. 46: Antrag Nr. 12/384 der Fraktionen von FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD
Ausbildungs- und Qualifikationsquote halten**

„Die Ausbildungs- und Qualifikationsquote im LVR soll 2009 gehalten werden. Dabei sind besonders zusätzliche Ausbildungsangebote durch den LVR und seine Einrichtungen in Kommunen zu prüfen, deren eigene Ausbildungsanstrengungen kommunalaufsichtlich beschränkt oder untersagt werden. Erforderliche Ressourcen für zusätzliche Angebote von Ausbildungsplätzen, Volontariaten bzw. sonstigen Qualifizierungsmaßnahmen werden nicht auf das Personalkostenbudget angerechnet.“

**Ifd. Nr. 47: Antrag Nr. 12/385 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Konjunkturprogramm nutzen – energetische Sanierung voranbringen**

„Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Das Konjunkturprogramm des Bundes schwerpunktmäßig dazu zu nutzen, Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung des LVR in konkrete Bau- und Sanierungsprojekten umzusetzen und so zur Senkung der Energiekosten wie des CO₂-Ausstoßes beizutragen.
2. Für die zehn im jährlichen Energiebericht ermittelten größten ineffizienten Energieverbraucher ist eine energetische Sanierung bis 2012 sicherzustellen.“

**Ifd. Nr. 48: Antrag Nr. 12/386 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Weiteres Kompetenzzentrum für Migration**

„Die Verwaltung wird beauftragt, im Haushaltsjahr 2009 ein weiteres Kompetenzzentrum für Migration zu etablieren. Es ist mit einem Ressourcenbedarf von 70.000 € zu rechnen.“

**Ifd. Nr. 49: Antrag Nr. 12/387 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Psychiatrische Versorgung weiter verbessern**

„Die psychiatrische Versorgung im Rheinland soll weiter verbessert werden. Hierzu werden folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Im Produktbereich 07, Psychiatrische Versorgung im Rheinland, Produktgruppe 062 ist einzufügen nach „Menschen im Rheinland“:
„Hierbei ist eine starke Orientierung auf das Gemeinwesen umzusetzen und insbesondere die Zusammenarbeit mit den Psychiatrie-Erfahrenen und Angehörigen psychisch kranker Menschen zu realisieren.“
2. Die Zuschüsse für die so genannte Laienhilfe in der Produktgruppe 062 werden auf 220.000 € erhöht. Im Rahmen der Förderung sollen vermehrt auch ehrenamtliche Initiativen Psychiatrie-Erfahrener und Angehöriger psychisch Kranker berücksichtigt werden.“

**Ifd. Nr. 50: Antrag Nr. 12/388 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Kinder- und Jugendtheater ‚mini art‘**

„Das Kinder- und Jugendtheater mini-art leistet mit seinen Theaterprojekten mit Patientinnen und Patienten der Kinder- und Jugendpsychiatrie vor allem der LVR-Klinik Bedburg-Hau einen wesentlichen Beitrag zur Integration psychisch kranker Menschen. Das Projekt wird in Höhe von 20.000 € bezuschusst.“

**Ifd. Nr. 51: Antrag Nr. 12/389 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Volontariat im LVR-Zentrum für Medien und Bildung schaffen**

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein zusätzliches Volontariat im LVR-Zentrum für Medien und Bildung in Düsseldorf zur Verfügung zu stellen.“

**lfd. Nr. 52: Antrag Nr. 12/390 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Der LVR stellt sich seiner Geschichte**

„In Fortsetzung des Antrages 12/278 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD wird die Verwaltung beauftragt,

- a) systematisch die Geschichte der Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen in Einrichtungen des LVR aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Hierbei sind die Lebensbedingungen generell, besonders aber der Zwang zur Arbeit und Medikation zu untersuchen. Die Untersuchung sollte mindestens den Zeitraum bis zur so genannten ‚Psychiatrie-Enquete‘ umfassen.
- b) die systematische Aufarbeitung der NS-Geschichte ist um eine ‚Karte des Widerstands im Rheinland‘ zu erweitern.“

**lfd. Nr. 53: Antrag Nr. 12/391 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Fachtagung „Denkmalschutz und ökologische Sanierung“**

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fachtagung zum Thema „Denkmalschutz und ökologische Sanierung“ durchzuführen.“

**lfd. Nr. 54: Antrag Nr. 12/392 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP
Kennzahlen Personalausstattung**

„Die Verwaltung wird beauftragt, in den periodischen Qualitäts- und Leistungsberichten der LVR-Kliniken verstärkt Kennzahlen zur Personalausstattung in den patientennahen Diensten und zur Motivation/Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen. Die Quantität, Qualifikation und Motivation des Personals hat im Rahmen der Zielvereinbarungen mit den LVR-Kliniken einen hohen Stellenwert.

Vor diesem Hintergrund ist eine verbundweite Steuerung der Personalentwicklung erforderlich. Die unten angegebenen Indikatoren sollen darüber hinaus in den Zielvereinbarungen mit den Betriebsleitungen der LVR-Kliniken im Rahmen des BSC-Verfahrens Berücksichtigung finden.“

**lfd. Nr. 55: Antrag Nr. 12/393 der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD
Gesundheitsprävention und Stellenperspektiven**

- „1. Im Personalausschuss am 21. April 2008 hat die Verwaltung dargestellt, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf die Beschäftigungsstruktur des LVR haben wird. Auf diese Herausforderungen muss der LVR frühzeitig und umfassend reagieren. Außerdem hat die Verwaltung in verschiedenen Berichten dargelegt, welche Maßnahmen der Personalentwicklung sie bereits durchführt hat bzw. welche weiteren Schritte geplant sind. Diese Konzepte sollen durch den Antrag ergänzt werden.
Die Verwaltung wird beauftragt, das bestehende Personalentwicklungskonzept zu erweitern und Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung zu ziehen. Dabei sollen die folgenden Aspekte besonders berücksichtigt werden:
 - 1.1 Gesundheitsprävention
 - 1.2 Berücksichtigung der verlängerten Lebensarbeitszeiten
 - 1.3 Kompetenzen und Motivation der Beschäftigten entwickeln und erhalten
 - 1.4 Stellenperspektiven entwickeln im Zusammenspiel von Personalgewinnung und Personalentwicklung
 - 1.5 Freiwilliges Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördernDie Konzeption ist dem Personalausschuss vorzustellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die demographische Entwicklung im Rheinland und ihre Auswirkungen auf den LVR zu analysieren, darzustellen und konkrete Handlungsoptionen für den LVR und seine Aufgabenfelder aufzuzeigen.
3. Auf die Personalgewinnung und -erhaltung ist dabei besonderes Gewicht zu legen.

4. Die Berichterstattung bzw. Konzeptdarstellung ist für eine der nächsten Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung vorgesehen."

**lfd. Nr. 56: Antrag Nr. 12/394 Die Linke.
Prüfauftrag Beteiligungsunternehmen
- Antrag abgelehnt**

**lfd. Nr. 57: Antrag Nr. 12/395 Die Linke.
Beschäftigung von Schulassistenten und Hausmeistergehilfen
- Antrag abgelehnt**

**lfd. Nr. 58: Antrag Nr. 12/397 Die Linke.
Entwicklung eines Kooperationskonzeptes zur Förderung von Integrationsbetrieben mit den
Kommunen im Rheinland
- Antrag abgelehnt**

**lfd. Nr. 59 Antrag Nr. 12/398 CDU-Fraktion
Bedarf an Nachwuchsjuristen
- an den Fachausschuss verwiesen**